

17.04

Abgeordneter Dr. Harald Walser (Grüne): Herr Präsident! Herr Minister! Hohes Haus! Nun liegt ein sehr sensibles Gesetz vor uns, das wir zu besprechen und über das wir abzustimmen haben. Die Gedenkstätte Mauthausen hat in den letzten Jahren prinzipiell eine durchaus positive Entwicklung genommen, und es wäre heute eine große Chance gewesen, hier ein modernes Gesetz zu schaffen, das auch den Bedingungen des 21. Jahrhunderts entspricht. – Dem ist leider nicht so.

Diesbezüglich verweise ich nicht nur auf die Kritik, die wir Grüne vorbringen, sondern da gibt es auch massive internationale Kritik. In diesem Zusammenhang freut es mich sehr, dass ich heute die stellvertretende Missionschefin der Republik Polen begrüßen darf, Frau Mag. Szmigiel-Turlej. Herzlich willkommen bei uns im Parlament!

(Allgemeiner Beifall.)

Polen hat wie etliche andere Staaten – Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Italien und so weiter – gebeten, man möge, wenn man hier ein Gesetz schafft, berücksichtigen, dass für viele außerhalb Österreichs, für viele außerhalb Deutschlands der Platz in Gusen, die sogenannten Nebenlager in Gusen, die ja ursprünglich ebenfalls Konzentrationslager waren und auch so genannt wurden, wichtig ist, weswegen man ihn mit in den Namen aufnehmen möge. Ich halte das prinzipiell für keine unbillige Forderung, und ich hätte mir eigentlich erwartet, dass man darüber zumindest diskutiert, Herr Minister. – Wir haben das im Ausschuss besprochen, ein Gespräch ist dann leider nicht zustande gekommen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einfach einmal zitieren, was auf der offiziellen Homepage der Gedenkstätte steht. – Zitat:

„Zwischen 1938 und 1945 waren etwa 190.000 Menschen aus mehr als 40 Nationen in den Konzentrationslagern Mauthausen und Gusen oder in einem der Außenlager inhaftiert. Mindestens 90.000 Personen wurden getötet.“

Also hier, auf der offiziellen Homepage, ist das eigentlich so benannt, wie das verschiedene Häftlingsorganisationen, aber vor allem auch die Repräsentanten ausländischer Staaten wollen. Für mich ist schwer verständlich, warum das nicht berücksichtigt worden ist.

Es steht weiters an anderer Stelle Folgendes: „Bis zur Befreiung des KZ Mauthausen/Gusen wurden mehr als 40 Außenlager errichtet“, und so weiter und so fort. – Also Sie sehen, das wäre schon einmal ein doch wesentlicher Grund: weil das ja auf der offiziellen Homepage der Gedenkstätte so vermerkt ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass in den Lagern in Gusen – es gab ja mehrere Lager in Gusen – mehr Menschen ums Leben gekommen sind als im sogenannten Stammlager Mauthausen. Also auch das wäre von der Bedeutung her natürlich entsprechend hervorzuheben gewesen, und ich hoffe, Herr Minister, dass in diesem Zusammenhang noch nicht das letzte Wort gesprochen ist und dass wir noch diskutieren können.

Das ist keine unbillige Forderung, und ich meine, es wäre der Sache wert, dass man sich hier auch mit den entsprechenden Initianten auseinandersetzt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zum Zweiten, und da möchte ich wieder zitieren: Was ist die Zielsetzung dieses Gesetzes? – Es steht Folgendes in den Erläuterungen zum Gesetz:

Es „soll (...) eine effiziente, inhaltlich autonome, unbürokratische und international vergleichbare Einrichtung etabliert werden, die weiterhin unter wirtschaftlicher und auch parlamentarischer Kontrolle des Bundes geführt wird.“

Dieser Zielsetzung wird dieses Gesetz nicht gerecht! Meine Damen und Herren, da haben wir gleich mehrere Punkte, die hier drinstehen, die wir alle begrüßt hätten, wenn sie denn umgesetzt worden wären, die aber nicht umgesetzt werden.

Zu den Zielsetzungen, die nicht erreicht werden können: Die bisherige Abhängigkeitsstruktur, Herr Minister, von Ihnen, vom Innenminister, wird de facto nicht beseitigt. Nach wie vor ist es so, dass Sie es sind, die den Leiter/die Leiterin bestellen, dass Sie es sind, die die führenden Positionen innerhalb der Gedenkstätte besetzen. Das Kuratorium hat nicht einmal das Recht, darüber abzustimmen. – Ja, was ist das für eine Struktur im 21. Jahrhundert, wo ein Mann oder eine Frau – ich denke an Ihre Vorgängerin – das Sagen hat? Das kann bitte nicht sein! Hier wollen wir mehr Demokratie!

Und weil es im Ausschuss geheißen hat, dass alle dafür waren, darf ich schon aus dem Begutachtungsverfahren zitieren. Die Vermittler, die in Mauthausen eine hervorragende Arbeit machen, die sehen das nämlich anders und die sagen, dass dieses Gesetz de facto – ich zitiere – „keine Auslagerung zum Ziel“ hat. Also auch dort ist heftige Kritik vorhanden.

Heftige Kritik von unserer Seite gibt es auch an der nach wie vor bestehenden Proporzstruktur. Dieses Memorial, wie es ja genannt wird, ist – tut mir leid! – ein Proporzmemorial, denn nach wie vor ist gesichert, dass Rot und Schwarz entsprechend im Kuratorium Stimmrecht haben und Vertreterinnen und Vertreter entsenden können. Auch da, würde ich sagen, wäre es dringend geboten gewesen,

dass wir unabhängige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und dass wir nicht Beamte aus den Ministerien in dieses Kuratorium entsenden, die noch dazu weisungsgebunden sind. Auch das passt nicht ins 21. Jahrhundert.

Wir haben ja überhaupt weiter gehende Vorschläge gemacht: Wir wollten eine Stiftungslösung, wir wollten uns an großen Museen orientieren, an großen Gedenkstätten im Ausland, etwa auch an der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Wir finden übrigens auch dort den Doppelnamen: Auch dort ist nicht nur das sogenannte Stammlager Auschwitz, sondern auch das Vernichtungslager Birkenau im Namen enthalten.

Ich könnte jetzt noch eine ganze Reihe weiterer Punkte anführen, etwa die chronische Unterfinanzierung dieser Gedenkstätte, die auch nach dem neuen Gesetz – trotz anders lautender Versprechungen – nicht beseitigt wird. Nach wie vor müssen die dort Verantwortlichen Jahr für Jahr um das Geld betteln, und das ist einer modernen Gedenkstätte einfach unwürdig.

Ich schließe mit einem Verweis auf den Gedenkstättenpapst, so wird er in Deutschland genannt, Jörg Skriebeleit, den Leiter der Gedenkstätte in Flossenbürg. Er war vor drei Monaten in Wien, und er hat, als man ihm den Entwurf gezeigt hat, mit einem Lächeln im Gesicht gesagt, das ist eine typisch österreichische Lösung – und, meine Damen und Herren, seien Sie versichert, er hat es nicht positiv gemeint.

Sie haben eine große Chance vertan. Ich hoffe, dass hier in Hinkunft noch Gespräche geführt werden können, damit wir zu einer Lösung kommen, die Österreichs würdig ist. Es handelt sich um die zentrale Gedenkstätte der Republik, und da müssen wir bitte eine andere Lösung auf den Weg bringen. *(Beifall bei den Grünen.)*

17.12

Präsident Karlheinz Kopf: Herr Abgeordneter Mag. Gerstl gelangt als nächster Redner zu Wort. – Bitte.